



ENTSCHLISSUNG Nr. 36) Migration und Diskriminierung

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

STELLT FEST, dass die Migration weltweit zunimmt. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die in ein anderes Land auswandern, weltweit verdoppelt und beträgt jetzt ca. 200 Millionen. Europa selbst ist ein treffendes Beispiel dafür, dass Wissen, Arbeitskraft und Vielfalt, die infolge der Migration auf den Kontinent gebracht wurden, eine große Bedeutung für Wachstum und Entwicklung hatten. Migrationsbewegungen sind ein grundlegend natürlicher Prozess. Er stellt an unsere Gesellschaften große Anforderungen im Hinblick auf eine gute Integration und schnelle Möglichkeiten für die Beschäftigung der zugewanderten Menschen.

STELLT WEITERHIN FEST,

Dass die Gründe für die Migration eines Menschen zahlreich und vielfältiger Natur sein können. Die Ursache kann in einem generell niedrigen Lebensstandard liegen, aber auch in fehlender Rechtsstaatlichkeit oder politischer Unterdrückung, in Verfolgung aus religiösen, kulturellen oder ethnischen Gründen, aufgrund der sexuellen Orientierung und infolge von Kriegen oder Unruhen im Herkunftsland. In den meisten Fällen geht es jedoch darum, eine Arbeit zu finden, um für sich selbst und seine Familie sorgen zu können – eine Arbeit, die es im Herkunftsland nicht gibt oder für die keine existenzsichernden Löhne gezahlt werden. Die Migration ist für die Menschen, die diese Entscheidung treffen, eine große Herausforderung. Es geschieht nicht selten, dass sie in unterschiedlichster Weise diskriminiert werden in Form niedriger Löhne, fehlender Arbeitsverträge, Überstunden oder falscher Versprechungen über die Möglichkeiten, die ihnen im Zielland geboten werden.

STELLT WEITERHIN FEST,

Dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle übernehmen, wenn es um die Achtung der Rechte von ArbeitsmigrantInnen geht. Diese Aufgabe der Gewerkschaften muss auf nationaler und internationaler Ebene umfassend anerkannt werden. Die Gewerkschaften müssen darauf hinarbeiten, ArbeitsmigrantInnen stärker gewerkschaftlich zu organisieren. Die gewerkschaftliche Organisation von ArbeitsmigrantInnen verringert das Ausbeutungsrisiko, gibt ihnen Stärke und eine bessere Verhandlungsposition, verstärkt den sozialen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zum Aufbau gerechterer Gesellschaften.

BEFÜRCHTET,

dass die Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung im Erwerbsleben, die das Kernstück der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit sind und die ein zentraler Punkt jeder Migrationspolitik sein müssen, von zahlreichen Staaten in der Welt missachtet werden. Die Nichtachtung dieser Grundsätze führt zu Ungerechtigkeiten und Ausbeutung der ArbeitsmigrantInnen und hat einen Unterbietungswettbewerb bei den Arbeitsbedingungen für alle ArbeitnehmerInnen zur Folge. Dies wiederum führt oft dazu, dass MigrantInnen nicht als Bereicherung, sondern eher als Bedrohung gesehen werden.

Dass die Einschnitte bei den öffentlichen Diensten und die wirtschaftliche Ungewissheit einen Nährboden für Politiken der Spaltung schaffen und dass Manche der Migration und

Einwanderung die Schuld für Arbeitslosigkeit geben und nicht dem finanziellen Zusammenbruch und den Einschnitten bei den öffentlichen Diensten.

SCHLIESST DARAUS,

dass wir niemals akzeptieren können, dass Wettbewerbsfähigkeit durch niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen, Missachtung des Umweltschutzes und ein niedrigeres Niveau der sozialen Absicherung erreicht werden kann. Wir wollen die Länder unterstützen, die das Gegenteil wollen und die sich für Entwicklung und eine faire Wohlstandsverteilung einsetzen.

SCHLIESST EBENFALLS DARAUS,

Dass Menschen- und Gewerkschaftsrechte universell, unteilbar und individuell sind. Ausnahmen aufgrund religiöser oder kultureller Gepflogenheiten sind nicht akzeptabel.

UNTERSTÜTZT die PSI in ihrer Arbeit, dass die Rechte der ArbeitnehmerInnen auch von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank respektiert werden.

FÖRDERT Kontakte zwischen Mitgliedern, wenn es befristete oder größere Migrationsbewegungen gibt, um im Aufnahmeland die bestmöglichen Bedingungen herzustellen.

ERMAHNT die PSI-Mitgliedsorganisationen, sich verstärkt für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 97 und 143 über Arbeitsmigration und über Wanderarbeitnehmer sowie für die UN-Konvention von 1990 zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen einzusetzen.

ERMAHNT WEITERHIN

die PSI und ihre Mitglieder, auf die Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen gegen Ausbeutung und Sozialdumping zu achten und die Sicherheit und Gesundheit der ArbeitnehmerInnen zu schützen.

ERMAHNT EBENFALLS

die PSI-Mitglieder, sich weiterhin für die gewerkschaftliche Organisation dieser ArbeitnehmerInnen einzusetzen.

ERMAHNT EBENFALLS

die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften, energischer darauf hinzuarbeiten, die Arbeitswelt von Fremdenfeindlichkeit und allen Formen von Diskriminierung und Unterdrückung frei zu machen sowie Bündnisse zu schmieden und Kampagnen mit lokalen Gemeinschaften und Gewerkschaften zur Bekämpfung der extremen Rechten durchzuführen.

FORDERT, dass die IAO-Arbeitsnormen zu einem festen Bestandteil aller internationalen Handelsabkommen und Handelsregeln werden.

FORDERT ENDLICH,

dass alle ArbeitnehmerInnen entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften und Kollektivvereinbarungen bezahlt werden, die für den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes gelten unabhängig davon, ob es sich um eine zeitlich befristete Arbeit handelt oder nicht. Menschen, die als Arbeitskräfte in ein für sie neues Land kommen, dürfen nicht diskriminiert werden, sondern müssen die gleichen Rechte und Pflichten haben wie alle anderen Arbeitskräfte in diesem Land auch. Dies ist ein fundamentaler Grundsatz.

Hier können alle [Kongressentschlüsse](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.